

Luiza Licina-Bode, MdB

Wahlkreis 148—Tatkraft für Siegen-Wittgenstein

Unser Kanzler zeigt Führungsstärke.

Seine Regierungserklärung macht deutlich:
Wir stehen ein für ein freies und offenes,
gerechtes und friedliches Europa.
Und wir werden es verteidigen.



SEEHEIMER KREIS
in der SPD-Bundestagsfraktion

Bericht aus Berlin - April 2022 -



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wer von uns dachte, dass das Jahr 2022 nur besser werden kann als die vergangenen beiden Pandemie-Jahre, der wurde schnell eines Besseren belehrt. Die ersten Monate des Jahres 2022 begannen mit Coronainzidenzen in noch nicht gekannten Höhen, steigenden Energiepreisen und dem Überfall Putins auf unseren souveränen europäischen Nachbarn Ukraine. Täglich erreichen uns Berichte über Kriegsverbrechen an der ukrainischen Zivilbevölkerung.

Die für uns spürbaren Belastungen erscheinen dazu vergleichbar gering, treffen aber besonders einkommensschwache Teile der Bevölkerung hart.

Entlastungspaket

Die Koalition hat am 24. März 2022 daher ein weiteres Entlastungspaket beschlossen. Konkret umfasst das Paket folgende Pläne.

Entlastungen für Bürger:innen

- Energiepreispauschale von 300 Euro für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige und Selbständige. Zudem unterliegt die Pauschale der Einkommenssteuer, so dass sie umso geringer ausfällt, je höher der Steuersatz ist.
- Einmalbonus von 100 Euro für jedes Kind: Damit federn wir besondere Härten für Familien ab. Der Bonus wird auf den Kinderfreibetrag angerechnet.
- Einmalzahlung von 100 Euro für Empfänger:innen von Sozialleistungen: Die Zahlung gilt zusätzlich zu der bereits im Februar beschlossenen Einmalzahlung von 100 Euro.
- Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe: 3 Monate lang 30 Cent weniger für Benzin und 14 Cent weniger für Diesel (europäisches Mindestmaß) .
- ÖPNV-Flatrate für 9 Euro pro Monat: Sie gilt 90 Tage lang für alle Bürger:innen.

Stabile Energieversorgung durch Diversifizierung unserer Energiequellen

- Ausbau der Erneuerbaren Energien: Die Bundesregierung wird noch in 2022 die dafür notwendigen Gesetze auf den Weg bringen, um vor allem Genehmigungs- und Planungsverfahren zu beschleunigen.
- Bereitstellung von Gas: Wir werden die Beschaffung und den Import von Flüssiggas (LNG) beschleunigen. Dazu wird die Bundesregierung zeitnah den Bau von Flüssiggas-Terminals unterstützen. Wichtig ist, dass diese auch H2-ready, also nutzbar für Wasserstoff sind. Zudem haben wir bereits ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Betreiber von Gasspeichern zu Mindestfüllständen verpflichtet.
- Förderung von Wasserstoff: Wir beschleunigen den Hochlauf unserer Wasserstoffwirtschaft und bauen unsere internationalen Lieferpartnerschaften aus. Dazu werden wir auch verstärkt klimaneutralen Wasserstoff importieren.

Verringerung des Energieverbrauchs



- Förderung von energieeffizienten Gebäuden: Wir reformieren das Gebäudeenergiegesetz und legen im Neubau ab 1. Januar 2023 den Effizienzstandard 55 fest. Zudem soll ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Für Immobilieneigentümer:innen werden wir den Austausch von über 20 Jahre alten Heizungsanlagen erleichtern.
- Stärkung der Fernwärme: Wir werden eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung einführen und als zentrales Koordinierungsinstrument für lokale, effiziente Wärmenutzung verankern. Bei der Fernwärme soll für 2030 einen Anteil von mindestens 50 Prozent klimaneutraler Wärme erreicht werden. Dazu werden wir unter anderem dafür sorgen, dass Abwärme schnell und unkompliziert in die Fernwärme integriert werden kann.

Impfpflichtdebatte und Abstimmung

Eine allgemeine Impfpflicht wird in Deutschland vorerst nicht eingeführt werden.

Wir haben intensiv im Parlament und mit Expert:innen gerungen um den richtigen Weg zu finden. Es gab zwei konkrete Gesetzentwürfe

- für eine allgemeine Impfpflicht ab 18 mit 237 Unterzeichner:innen,
- für eine Beratungspflicht mit optionaler Impfpflicht ab 50 mit 45 Unterzeichner:innen.

Es ist anzunehmen, dass sehr wohl eine Mehrheit der Bundestagsabgeordneten eine Impfpflicht für sachgerecht hält, so wie es sich auch in der Gesellschaft abbildet. Die Gruppen um die beiden Gesetzentwürfe haben bis zuletzt an einem Kompromiss gearbeitet, der sowohl das Anliegen einer umfassenden Beratungskampagne, als auch die sofortige Umsetzung einer Impfpflicht mindestens für eine besonders zu schützende Altersgruppe vorsieht. Unter Einbezug der Ergebnisse der Expertenanhörung wurde daher von der Altersgrenze 50 Abstand genommen und als erste Stufe eine Impfpflicht ab 60 Jahren im Gesetzentwurf verankert. Diese Altersgrenze wurde in der Anhörung als medizinisch sinnvoll und als verfassungsrechtlich tragfähig eingestuft, da wissenschaftlich erwiesen ist, dass eine Covid-19-Infektion ab diesem Alter besonders gefährlich ist. Begleitend sah der Kompromissgruppe eine Beratungspflicht für alle ab 18 vor sowie die Möglichkeit, die Impfpflicht auf alle auf diese Gruppe auszuweiten oder sie auszusetzen – je nach Lage und erreichter Impfquote im Sommer. Das Ergebnis war tragfähig, gut begründet und berücksichtigte überzeugende Argumente aus den verschiedenen Gruppen. Das gemeinsame Ziel – eine hohe Grundimmunität zu erreichen und die Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern – war dabei wegweisend. Auch wesentliche Punkte des Unionsantrags haben wir aufgegriffen, vor allem die Einrichtung eines Impfreisters.

Die Union war trotz vielfältiger Bemühungen nicht bereit, einem gemeinsamen Kompromiss zuzustimmen. Die Debatte um die Impfpflicht wurde aus gutem Grund über einen langen Zeitraum ausführlich geführt. Das war dem Thema auch angemessen. Am Ende dieses Prozesses ist es vorerst nicht gelungen, eine Mehrheit im Deutschen Bundestag für eine Impfpflicht zu erreichen.



Zur Lage in der Ukraine sowie Frieden und Freiheit in Europa

Bundeskanzler Olaf Scholz führt Deutschland in der globalen Zeitenwende und im Angesicht des brutalen Krieges Putins gegen die Ukraine mit Bedacht, sicher und mit klaren Leitlinien.

Deutschland und seine NATO-Partner werden weiterhin nicht als aktive Kriegsparteien in den Ukraine-Krieg eingreifen. Aber wir werden die Ukraine entschlossen mit allen sinnvollen sowie schnell wirkenden Maßnahmen unterstützen – finanziell und mit Waffensystemen.

Die Ukraine kann außerdem einsetzbare Waffensysteme bei der deutschen Wirtschaft ankaufen. Dafür stehen die verkündeten über 1 Milliarde Euro zur Verfügung.

In dieser Lage ist eine enge Abstimmung Deutschlands mit seinen Partnern in der EU, der G7 und der Nato unbedingt erforderlich. Es wird deswegen keine deutschen Alleingänge geben! Die Wut auf Putin und seinen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine wächst täglich. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung die Ukraine auf weiteren neuen Wegen unterstützt. Dies muss aber stets umsichtig und planvoll geschehen. Das ist das Vorgehen unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist ein schwerer Schlag gegen die europäische Friedensordnung der letzten Jahre. Er bedeutet aber auch einen Angriff auf unsere gemeinsamen europäischen Werte, wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Gemeinsam mit ihren Partnern in der EU und NATO leistet die Bundesregierung bereits einen wichtigen Beitrag.

Die Koalitionsfraktionen unterstützen die Arbeit der Bundesregierung.

Mit einem eigenen Antrag bekräftigen wir, dass weder Deutschland noch die NATO aktiv in den Krieg eingreifen werden. Vielmehr geht es darum, die Ukraine so gut es geht zu unterstützen, humanitäre Korridore zu ermöglichen, einen Waffenstillstand herbeizuführen und den Frieden gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern dauerhaft sicherzustellen.

Wir wollen die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortsetzen und wo möglich beschleunigen.

Langfristig muss Deutschland unabhängiger werden von russischen Energiequellen. Wir brauchen einen Fahrplan zur Reduzierung von russischen Öl- und Gasimporten, den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien und die Diversifizierung der Energiequellen.

Sondervermögen Bundeswehr

Mit dem „Sondervermögen Bundeswehr“ stärken wir unsere Sicherheit. Die vorgesehenen 100 Milliarden Euro fließen in dringend benötigte Investitionen für die bestmögliche Ausrüstung unserer Soldat:innen. Wir nehmen Geld in die Hand für die Zukunftsgarantie der Bündnis- und Landesverteidigung. Damit sollen insbesondere bedeutsame und komplexe mehrjährige Ausrüstungsvorhaben der Bundeswehr finanziert werden. So stärken wir unsere Verteidigungsfähigkeit und stellen sicher, dass die Bundeswehr ihre Bündnisverpflichtungen wahrnehmen kann. Dies wird unserem umfassenden Verständnis von Frieden und



Sicherheit gerecht.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende in der Geschichte Europas. Wir müssen mehr in die Sicherheit und den Frieden Europas investieren, um auch unsere Freiheit und Demokratie verteidigen zu können.

Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro

Wir erhöhen den gesetzlichen Mindestlohn ab Oktober 2022 auf 12 Euro. Millionen von Arbeitnehmer:innen werden durch die Erhöhung deutlich mehr Geld in der Tasche haben. Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte, die nun fortgeschrieben wird: Er hilft vor allem Menschen mit geringen Einkommen, stärkt die Kaufkraft und reduziert Armut.

Dies betrifft vor allem Beschäftigte in Branchen mit geringer Tarifbindung, darunter Floristik, Körperpflege, Land- und Tierwirtschaft, Gastronomie, Reinigung und Einzelhandel. Danach wird die mit Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen besetzte Mindestlohnkommission über künftige Erhöhungsschritte entscheiden.

Die Erhöhung ist auch ein wichtiges Signal zum Tag der Arbeit, der in diesem Jahr unter dem Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“ steht.

Zudem wird die Verdienstgrenze für Minijobs auf 520 Euro erhöht und dynamisiert. Das bedeutet: Steigt der Mindestlohn, steigt auch die Verdienstgrenze.

Darüber hinaus wird es eine spürbare Verbesserung bei den Midijobs geben, also im sogenannten Übergangsbereich bei Verdiensten über 520 Euro. Künftig werden die Sozialbeiträge für Beschäftigte im unteren Übergangsbereich langsamer ansteigen, während Arbeitgeber:innen einen höheren Anteil als bisher leisten müssen. Die Obergrenze wird von 1.300 auf 1.600 Euro angehoben. Dadurch machen wir den Anreiz für eine Tätigkeit oberhalb der Minijob-Grenze attraktiver.

Parlamentsgruppe Schienenverkehr

Am 7. April 2022 habe ich an der konstituierenden Sitzung der Parlamentsgruppe Schienenverkehr teilgenommen. Die Veranstaltung wurde zusammen mit dem Deutschen Verkehrsforum e.V. (DVF) im Hotel Adlon ausgerichtet. Zu Gast war u.a. der Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Bahn, Dr. Richard Lutz. Der Einsatz für verbesserte Bahnverbindungen und den Netzausbau in Siegen-Wittgenstein ist mir ein wichtiges Anliegen. An diesem Abend konnte ich dazu bereits gute Gespräche führen. Auf dem Foto bin ich zu sehen mit meinem Fraktionskollegen Kristian Klinck aus Schleswig-Holstein.





Parlamentskreis Fahrrad

Die Mobilitätswende ist unser erklärtes Ziel. Die konstituierende Sitzung des Parlamentskreises Fahrrad am 8. April 2022 ist dafür ein gutes und wichtiges Signal. Zu Gast war u.a. Oliver Luksic, der als zuständiger parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Verkehr einen Ausblick auf die fahrradpolitischen Vorhaben der Bundesregierung gab und die Arbeit des Bundesministeriums im Bereich Radverkehr vorstellte.

Fahrräder, E-Bikes und Lastenräder machen nicht nur Spaß, sondern sind ein Schlüsselement für effektiven und nachhaltigen Verkehr in der Stadt und auf dem Land, im Alltag genauso wie im Urlaub.

Dabei verstehen wir die Förderung des Fahrrads als Querschnittsaufgabe und nehmen gemeinsam mit den Fahrradverbänden neben den klassischen Themen wie Infrastruktur und Verkehrssicherheit auch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung des Fahrrads sowie u.a. Gesundheitsaspekte in den Blick.

Eure / Ihre

AUS DEM BUNDESTAG

Als Tierschutzbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion im Dialog

Nach meiner Mitgliedschaft im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und als Bericht-erstatte-rin für Tierschutzthemen hat mich die SPD-Bundestagsfraktion zu ihrer neuen Tier-schutzbeauftragten ernannt. Damit kommt viel Verantwortung auf mich zu. In den vergange-nen 20 Jahren, seit der Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz, ist in die-sem Bereich nahezu nichts passiert. Das muss sich dringend ändern. Denn der Tierschutz, unabhängig davon, ob bei Heim- oder Nutztieren, bei Exoten, Wildtieren und bei Versuchstie-ren, ist wichtig und berührt auch die Menschen. Dass zeigt mir auch die aktuelle Berichter-stattung über das Schicksal von Tieren der ukrainischen Flüchtlinge.

In den vergangenen 4 Monaten habe ich schon viele Gespräche und Veranstaltungen zum Thema Tierschutz gehabt. Es ging in der Regel immer um den großen Reformstau, den wir zü-gig abbauen wollen. Im Koalitionsvertrag haben wir gemeinsam mit Bündnis 90/Grüne und FDP die wichtigsten Ziele genannt:

- Eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung mit Transport und Schlachtung
- Planungs- und Investitionssicherheit für die Landwirt:innen
- Anpassung des Bau- und Genehmigungsrechts zur Umsetzung tierwohlfördernder Ställe
- Bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme bei Nutz- und Heimtieren
- Verbesserung der Rechtsvorschriften zum Brandschutz
- Erlaubnis von Lebendtiertransporten in Drittstaaten nur mit tierschutzgerechten Versor-gungseinrichtungen, Reduzierung der Tiertransporte und Schaffung von Alternativen (Sperma- oder Fleischtransport)
- Förderung dezentraler und mobiler Schlachtstrukturen
- Schließen von Rechts- und Vollzugslücken im Tierschutzgesetz, Überführung von Teilen in das Strafrecht (Konkretisierung der Qualzucht, zügige Beendigung der Anbindehal-tung)
- Reduktionsstrategie für Tierversuche und Forschung nach Alternativen
- Erfassung und Senkung des Antibiotikaeinsatzes in landwirtschaftlichen Betrieben
- Verbot des anonymen Online-Handels mit Heimtieren
- Obligatorische Kennzeichnung und Registrierung von Hunden
- Leitlinien für Tierbörsen

In der Vorhabenplanung des Bundes-ministers für Ernährung und Landwirt-schaft stehen die Reformen zur ver-bindlichen Tierhaltungskennzeich-nung in diesem Jahr ganz vorn auf der Tagesordnung, auch wenn wir, wie in anderen Ressorts, natürlich derzeit mit den Auswirkungen des Ukraine-Krieges beschäftigt sind. Erste Vor-schläge zu Änderungen des Tier-schutzgesetzes (Online-Handel mit Heimtieren, Qualzucht) sollen in die-sem Jahr folgen. Insgesamt bin ich sehr zuversichtlich, dass wir eine Wende zu deutlichen Reformen schaffen.



AUS DEM BUNDESTAG



Bereits am 27. Januar 2022 durfte ich in meiner ersten Rede im Deutschen Bundestag zu einem Koalitionsantrag zu unseren wichtigsten Vorhaben Stellung nehmen.

Es folgten weitere Diskussionsrunden, z.B. mit den „Sozis für Tiere“, dem Netzwerk Fokus Tierwohl, Neuland e.V., dem Club der Agrardiplomaten, Lidl im Dialog, der Edeka Group und Rewe.

Besonders wichtig war mir der Austausch mit dem Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes, Thomas Schröder. Der Tierschutzbund ist ein klassischer Dachverband mit über 700 Tierheimen und ähnlichen Einrichtungen, der sich nur über Spenden finanziert und seit 1881 besteht. Sein Motto „Mit Herz und Verstand“ drückt genau das aus, was wir brauchen für mehr Tiererschutz und Tierwohl.

Entscheidend ist, dass es dem Tier gut geht, egal ob in der Wohnung oder im Stall. Und dass wir gesetzlich Sorge dafür tragen müssen, dass Halter, Züchter, Transporter und Schlachter sich an verbindliche Regelungen halten. Und wenn nicht, dafür deutliche Konsequenzen spüren.

Dies wurde mir auch bei weiteren Gesprächsrunden mit Pro Vieh und Vier Pfoten e.V. bestätigt. Und die Erwartungshaltung ist bei allen Protagonisten im Bereich Ernährung und Landwirtschaft sehr hoch.

Aber auch eher konservativ geprägte Organisationen wie der Deutsche Bauernverband e.V. zeigen Bereitschaft zum Austausch. Ebenso der LandFrauenverband. Hier hatte ich sehr gute Gespräche mit Vertreterinnen des Westfälisch-Lippischen Verbandes. **43.000 Mitglieder** engagieren sich für die Gestaltung der Lebensverhältnisse in den ländlichen Regionen von Westfalen-Lippe. Sie vertreten dabei soziale, berufsbezogene und gesellschaftspolitische Interessen der Frauen und ihrer Familien. Bildungsveranstaltungen, Aktionen und direkter, persönlicher Austausch fördern ihre Gemeinschaft und das Engagement für ihre Ziele.

Wir wollen zeigen, dass innovative und nachhaltige Landwirtschaftspolitik und die umsichtige und effektive Transformation der Landwirtschaft eine rote Handschrift hat. Die Landwirt:innen darf man nicht der CDU/CSU überlassen und Verbraucher:innen, vor allem auch die jungen, nicht Bündnis 90/Die Grünen.

AUS DEM BUNDESTAG

Am 28. April 2022 fand bundesweit erneut der Girls Day statt. Zu diesem Anlass konnte mich Leonie Langer aus Burbach besuchen. Unter den eingegangenen Bewerbungen wurde im Rahmen meiner Aktion zum Weltfrauentag am 08. März 2022 Leonie Langer als Teilnehmerin ermittelt. Die zuerst gezogene Emma Schneider musste wegen der zeitgleich stattfindenden Abiturklausur ihre Teilnahme leider absagen.

Der Girls Day bietet jungen Frauen die Möglichkeit, Einblicke in Berufe zu erhalten, in denen Frauen unterrepräsentiert sind und unterstützt sie bei der Berufsorientierung. Auch in der Politik brauchen wir nach wie vor Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen.

Deshalb beteiligte sich die SPD-Bundestagsfraktion am diesjährigen Girls' Day.

Insgesamt 60 junge Frauen zwischen 16 und 19 Jahren konnten die Arbeit der Bundestagsfraktion in Berlin kennenlernen und erleben, wie Parlament und Fraktion arbeiten.



Abgeordnetenbüro Berlin

Sabine Herget • Michael Möwes

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon 030 / 227-78 603
Fax 030 / 227-237 6803
E-Mail luiza.licina-bode@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bad Laasphe

Sandra Peiser

Ludwig-Koch-Straße 9
57334 Bad Laasphe

Telefon 02752 507 5907

E-Mail luiza.licina-bode.ma03@bundestag.de

Impressum

Luiza Licina-Bode, MdB
(V.i.S.d.P.)

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

030 / 227-78 603
030 / 227-237 6803
luiza.licina-bode@bundestag.de

Redaktion: Sandra Peiser
Sabine Herget
Michael Möwes

Header: ©2021 Pixabay

Bild Katze: „Deutscher Tier-
schutzbund e.V. / M. Marten“

Weitere Informationen

www.luizalicinabode.de

AUS DEM WAHLKREIS

Der Kreis Siegen-Wittgenstein ist groß und vielfältig. Hier findet man alles: Natur, Stadt, Landwirtschaft und weltweit agierende Firmen. In den sitzungsfreien Wochen bereise ich den gesamten Kreis und besuche verschiedenste Akteure, um diese kennenzulernen und um zu erfahren, wie wir gemeinsam Siegen-Wittgenstein noch besser machen können. Nicht jeder dieser Termine findet seinen Niederschlag in der örtlichen Presse, daher möchte ich hier einige Stationen aus dem Wahlkreis vorstellen, die ich in diesem Jahr bereits besuchen durfte.



Antrittsbesuch bei Bürgermeister Steffen Mues im Rathaus in Siegen. Auch über Parteigrenzen hinaus arbeite ich intensiv daran Siegen noch ein wenig besser zu machen.

In Freudenberg traf ich mich mit der zzt. einzigen weiblichen Bürgermeisterin im Kreis Siegen-Wittgenstein. Nicole Reschke wies auf die hohen bürokratischen Hürden bei den Förderanträgen hin. Dies binde viel Arbeitskraft im Haus.

Mit Blick auf die Rahmedetalbrücke erhoffe sie sich für den Ersatzneubau der Talbrücke Büschergrund eine zügige Abwicklung der Maßnahme.



Zu Jahresbeginn habe ich Landrat Andreas Müller im Kreishaus in Siegen besucht und mich mit ihm intensiv zu aktuellen Themen ausgetauscht.



AUS DEM WAHLKREIS



Kreisgeschäftsführer Georg Jung, Florian Stücker, Kreislandwirt Lothar Menn und Kreisverbandsvorsitzender Henner Braach.

Aus meinem Gespräch mit Mitgliedern des Kreisverbandsvorstandes des WLW habe ich viele wichtige Erkenntnisse mitgenommen, die ich in meiner Arbeit im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft einbringen kann.

Wir haben einen regelmäßigen Austausch vereinbart.

Pflegekräfte sind ein wertvolles Gut, besonders in der ambulanten Pflege. Stetig steigende Anforderungen bei Dokumentation, Ausbildung und Weiterbildung erschweren den ambulanten Pflegediensten die Arbeit noch weiter. Ich bedanke mich bei Martin, Simone und Tobias Otto für das aufschlussreiche Gespräch und habe ihre Anregungen in Berlin in der Fraktion weitergeleitet.



Besuch des SPD-Ortsvereins in Erndtebrück.

Vielen Dank an Michael Rothenpieler für die Einladung, der ich gerne gefolgt bin, und den interessanten Austausch mit den Erndtebrücker Genossinnen und Genossen. Dank Lothar Menn konnte ich mein Wissen zur Landwirtschaft in Wittgenstein noch vertiefen.



AUS DEM WAHLKREIS



Gemeinsam mit Samir Schneider habe ich zahlreiche Termine im Wahlkreis wahrgenommen. So wie links bei einem Gespräch mit Thomas Kutschaty und unten bei meinem Antrittsbesuch bei Hannes Gieseler, dem ersten SPD-Bürgermeister von Wilnsdorf.



Besonders nett ist es, wenn man die Termine mit einem Besuch der Eisdielen in Erndtebrück verknüpfen kann, wie hier bei meinem Gespräch mit Mitgliedern des Vorstandes der SPD-Regionalratsfraktion.



Nach langen Sitzungen ist ein 6 km Lauf beim ersten 3-Städte-Marsch der Reservistenkameradschaft Wittgenstein eine willkommene Abwechslung. Vielen Dank an StHptm Richard Rotenfußer und die Reservistenkameradschaft für die hervorragende Organisation und Falk Heinrichs, Samir Schneider und Waltraud Schäfer für die nette Begleitung.

AUS DEM WAHLKREIS



Im Birkenhof in Wilnsdorf leben glückliche Tiere, die nach Demeter-Biostandard gehalten werden. Das merkt man den Tieren an, und man schmeckt es auch in den Produkten des Hofes, die im eigenen Hofladen erworben werden können. Eckhard Jungclaussen hat uns geduldig den Hof gezeigt und dabei auch auf die Probleme in der Biolandwirtschaft hingewiesen. Bitte unterstützt eure regionalen Bauern und achtet mehr auf das Tierwohl als auf den Preis.

Das Biomasseheizkraftwerk in Schameder erzeugt Strom und liefert Wärme zur Pelletproduktion aus dem, was früher nur Abfall war—Landschaftspflegeholz. Betriebsleiter Sven Sure zeigte Samir Schneider, Karl-Ludwig Völkel und mir das Werk und erläuterte die Abläufe.



Das schnelle Internet ist noch nicht überall in Siegen-Wittgenstein angekommen. Um so erfreulicher war die Nachricht, dass der Bund die Fördersumme für die Erschließung weiterer „weißer Flecken“ um 17 Millionen Euro auf 57 Millionen Euro erhöht. Wo das Geld im Kreis in Glasfaserkabel umgewandelt wird haben mir Martin Schreier und Markus Menn



Gespräche mit dem Geschäftsführer des Jobcenters Siegen, Herrn Christoph Sczudlik und der Vorsitzenden der Agentur für Arbeit Siegen, Frau Daniela Tomczak.

erläutert. Im 6. Call werden 4131 Adressen mit Glasfaseranschlüssen versorgt, davon 2615 Gewerbebetriebe sowie Schulen und Krankenhäuser. Eine wichtige Investition in unsere Zukunft.



AUS DEM WAHLKREIS



Der Deutsche Bundestag vergibt Stipendien für ein Austauschjahr in den USA an Schülerinnen und Schüler und junge Berufstätige.

Das Parlamentarisches Patenschafts-Programm gibt seit 1983 jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu einem Austauschjahr zu Gast in Deutschland. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-

Congress. Es steht unter der Schirmherrschaft der Bundestagspräsidentin.

Die Bewerbungsfrist für das 40. PPP 2023/24 beginnt am Montag, dem 2. Mai 2022. Erst ab diesem Zeitpunkt ist der Link zum Bewerbungsformular freigeschaltet. Die Frist endet am Freitag, dem 9. September 2022.

Bewerbungsberechtigt für das 40. PPP sind Schülerinnen und Schüler, die zwischen dem 1. August 2005 und dem 31. Juli 2008 geboren wurden, und junge Berufstätige, die nach dem 31. Juli 1998 Geburtstag haben.

In diesem Jahr wird Ina Wickel aus Feudingen den Weg über den Atlantik antreten, um für ein Jahr in einer US-amerikanischen Gastfamilie zu leben und die High School zu besuchen. Ina hat sich im vergangenen Jahr für ein PPP-Stipendium beworben und wurde mir im Dezember von der Austauschorganisation als „Patenkind“ vorgeschlagen. Ich werde sie während ihres Aufenthaltes aus der Ferne betreuen und freue mich schon sehr auf ihre Berichte aus den USA.

Ina besucht zzt. noch das städtische Gymnasium in Bad Laasphe und arbeitet in ihrer Freizeit als ehrenamtliche Trainerin der Leichtathletik-Kindergruppen des TV Laasphe und des TV Feudingen.

Ich bin mir sicher, dass sie den Herausforderungen eines Austauschjahres gewachsen ist und wünsche ihr eine liebevolle Gastfamilie, neue Freunde und viele interessante Eindrücke.



ZUM GUTEN SCHLUSS ...



Im März konnte ich mein Wahlkreisbüro in Bad Laasphe beziehen. In den sitzungsfreien Wochen arbeite ich hier, meine Mitarbeiterin Sandra Peiser ist hier auch während der Sitzungswochen in Berlin zu erreichen. Am Weltfrauentag haben wir das Büro offiziell eröffnet. Über die zahlreichen Besucher:innen und Büropflanzen habe ich mich sehr gefreut. Das Büro steht für Anfragen immer offen.

In der kommenden Woche werde ich meine ersten Bürger:innensprechstunden anbieten, macht bitte auf euren Social-Media-Kanälen darauf aufmerksam.

Unseren beiden Kandidaten für die Landtagswahl, Samir Schneider und Adhemar Molzberger, wünsche ich viel Erfolg bei der Landtagswahl am 15. Mai.

Bitte geht zahlreich wählen!

Luiza Licina-Bode

Bürger:innensprechstunde in Wittgenstein
Persönlich, telefonisch oder digital.

03. Mai 2022, 09-15 Uhr
Wahlkreisbüro in Bad Laasphe

Bürger:innensprechstunde in Siegen
Persönlich, telefonisch oder digital.

04. Mai 2022, 13 - 17 Uhr
SPD-Unterbezirksbüro, Siegen

Terminvormerkungen bitte unter
Telefon 02752 5075907

MdB
für Siegen-
Wittgenstein



Eure Luiza